

Kurstadt wird Hochsicherheitstrakt

Baden-Baden (dpa/lsw) - Sperren, Staus, schulfrei - Baden-Badens Einwohner müssen sich während des NATO-Gipfels Anfang April auf massive Einschränkungen gefasst machen. Ähnlich wie in Kehl und Straßburg will die Polizei mit einem Konzept aus Sperrzonen, strikten Polizeikontrollen, Parkverboten und Straßensperrungen für Sicherheit sorgen. Deutlich wird nach dem bisherigen Stand der Planungen vor allem, dass die gesamte Region am 3. und 4. April unter einem Verkehrsproblem leiden wird. Die zentrale Bundesstraße 500 (Schwarzwaldhochstraße) soll für fast 24 Stunden zwischen Iffezheim und Baden-Baden gesperrt werden. Zeitweise könnte auch auf der A 5 der Verkehr still stehen, kündigte die Polizei am Donnerstag an.

„Wir wollen deutlich machen, dass man, wenn es irgendwie geht, versucht, diese Region an den Gipfeltagen zu meiden“, sagte ein Polizeisprecher. In den kommenden Tagen sollen die Händler, Unternehmer und Einwohner der kritisch beobachteten Sperrzonen durch die Beamten vorbereitet und befragt werden. Am Montag ist ein Bürgerabend zum Gipfel geplant, der am 3. April in Baden-Baden und einen Tag darauf in Kehl und Straßburg stattfinden wird. An allen Schulen der Stadt wird der Unterricht am 3. April ausfallen.

Dreh- und Angelpunkt des Gipfels werden wie erwartet das Kurhaus und ein benachbartes Luxushotel (Sperrzonen 1 und 2). Eine dritte unbewohnte Zone wird die „unmittelbare Umgebung“ rund um das Kurhaus betreffen. Rund 240 Menschen sowie etwa 100 Händler, Ärzte oder Unternehmer in der Sperrzone 4 werden auf Polizeibegleitung angewiesen sein, wenn sie sich am 3. April auf den Straßen bewegen wollen. Auf der Klosterwiese am Ende der Lichtentaler Allee sollen Hubschrauber der Staatsgäste landen können. Die fünfte Zone wird einen Radius von 300 bis 400 Meter um das Kurhaus einnehmen. „Wir werden in der Stadt keine Zäune aufstellen und keine martialische Absperrung haben“, sagte Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner (CDU).

Zwar soll der Nahverkehr „nach Plan und mit teilweisen Störungen“ aufrecht erhalten werden. Doch ist nach der bisherigen Einschätzung der Polizei abzusehen, dass es angesichts mehrerer gesperrter Straßen zu deutlichen Verspätungen kommen wird. „Wir werden sicherlich Menschen haben, die genau diese Lage ausnutzen und eine Straße zu blockieren versuchen werden“, warnte Polizeisprecher Bernhard Rotzinger von der Projektleitung.

Ohne die mögliche Gefahr von gewalttätigen Protesten in Baden-Baden herunterzuspielen, sagte Rotzinger: „Es ist schon heute klar, dass die Szene sich vor Heiligendamm früher und intensiver mobilisiert hat.“ Es sei derzeit aber nicht abzuschätzen, wie viel von der „dramatischen Rhetorik der Gegner“ aus dem Internet auch umgesetzt werde. Das Innenministerium geht derzeit von bis zu 25 000 Demonstranten aus, davon 3000 gewaltbereite. Es sollen 14 000 Polizisten eingesetzt werden.